

SINNLOSER UND FALSCHER KRIEG

Rede von Volker Ratzmann im Abgeordnetenhaus zum Krieg im Irak 27. März 2003

Wieder einmal hat ein Krieg begonnen, nicht plötzlich und unerwartet, sondern langsam und schleichend, geführt mit den Waffen des 21. Jahrhunderts, rhetorisch verbrämt mit dem Vokabular aus der Zeit – nicht etwa des kalten Krieges – sondern der Kreuzzüge, der Krieg gegen die Achse des Bösen, der „heilige Krieg“. Aber heilig ist an diesem Krieg so gar nichts: Es sterben Menschen, jeden Tag mehr, sinnlos - und selbst die Hoffnung darauf, dass es schnell und damit „lebensschonend“ geht, ist dahin.

Und der Krieg ist nah. CNN und BBC übertragen live, stoisch, quälend. Reelles Sterben zum Schutz vor vermeintlichen Massenvernichtungswaffen. Unbarmherzig wird uns klargemacht, dass der Krieg nicht mal mehr ultima ratio ist, sondern wieder Ersatz von Politik.

Es ist mehr als bedauerlich, dass es uns, der Bundesregierung, dem alten Europa und einer Vielzahl von Staaten nicht gelungen ist, diesen Krieg, diesen unsinnigen Krieg der Bush-Administration zu verhindern. Es ist mehr als bedauerlich, dass die internationalen Institutionen nicht in der Lage waren, das Primat der Politik über den Krieg durchzusetzen, Bush und Blair von diesem Schritt abzuhalten. Und auch wenn wir nur ein Landesparlament sind ist es richtig, nach Beginn eines solchen Krieges nicht einfach zur Tagesordnung überzugehen. Auch wir können, müssen von dieser Stelle den Kriegsherren zurufen: Stoppt diesen Krieg und kehrt zurück zur Diplomatie.

Niemand von denen, die sich gegen diesen Krieg wenden, stellt sich auf die Seite von Saddam Hussein. Wir haben die Giftgasattacken auf die kurdische Bevölkerung in Halabja nicht vergessen. Aber als wir dagegen auf die Straße gegangen sind, hat die USA Saddam Hussein noch mit biologischen und chemischen Waffen versorgt - mit den Mitteln, die jetzt als Begründung für ihren Krieg erhalten müssen. Kein Zweifel, es darf keine Akzeptanz für solche Regime geben, aber der unilaterale Einsatz militärischer Gewalt ist keine Lösung. Er wird uns den Weg zu einer neuen Weltordnung verbauen, in der internationales Recht und eine internationale Gerichtsbarkeit zu seiner Durchsetzung der militärischen Gewalt vorgehen. Die weltweite Durchsetzung der Menschenrechte ist Aufgabe der internationalen Institutionen und darf nicht weiter Spielball unilateraler Großmächtsüchte sein.

Diese Bundesregierung ist den Weg, die Bedeutung der internationalen Institutionen zu stärken, das „ius contra bellum“ durchzusetzen, konsequent gegangen. Wir haben lange darauf gewartet, dass sich diese Bundesrepublik endlich zu einer aktiven internationalen Friedenspolitik bekennt und diese auch gegen internationalen und nationalen Druck durchzusetzen sucht, den kritischen Diskurs auf internationaler Ebene führt und dafür wirbt, eine Konfliktlösung ohne militärische Mittel zu betreiben.

Die Bundesrepublik hat ihre außenpolitische Rolle in diesem Sinne neu definiert und das, meine Damen und Herren, markiert die kulturelle Differenz für die diese Bundesregierung gewählt wurde, mit der sich hier und weltweit große Hoffnungen verknüpfen.

Wegen dieser klaren Haltung haben sowohl FDP als auch PDS versucht, die Erfüllung internationaler Verpflichtungen in aktive Kriegsbeteiligung umzudeuten und sind absehbar gescheitert. Der Versuch der FDP mit Hilfe des Bundesverfassungsgerichtes eine Abstimmung des Bundestages über

den Einsatz von AWACS Flugzeugen zu erzwingen, war ein durchsichtiges Manöver. Die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes waren seit 1994 klar. Die jetzt abgegebene Begründung, man habe Rechtssicherheit erlangen wollen, ist heuchlerisch. Solange sich die Türkei nicht militärisch am Krieg beteiligt, handelt es sich um eine Maßnahme zu ihrem Schutz im Rahmen der NATO. Die Abberufung deutscher Soldaten für den Fall der Beteiligung ist angekündigt.

Der Bush-/Blair-Krieg ist völkerrechtlich nicht legitimiert. Artikel 26 Grundgesetz (GG) untersagt, sich an einem solchen Krieg zu beteiligen. Aber nicht jede Flugaktivität von US-Maschinen im bundesdeutschen Luftraum dient militärischen Aktivitäten im Irak. Man wird die USA darauf hinzuweisen haben, das solche Flüge unzulässig sind. Bisher hat die Bundesregierung das im Rahmen dieser Verpflichtung gebotene getan. Die vorrangige politische Aufgabe besteht jetzt darin, Humanitäre Hilfe für die vom Krieg betroffenen Menschen zu organisieren, die Einigung über den Wiederaufbau Iraks unter Federführung der Vereinten Nationen voranzutreiben und die Instrumente für Prävention und nicht-militärische Konfliktlösung zu schärfen.

Wir haben in der vorletzten Plenarsitzung die EntschlieÙung „Berlin -City for Peace“ verabschiedet. In Berlin sind am ersten Tag des Krieges 120.000 Menschen unterschiedlichster Nationalitäten, 50.000 davon Schüler und Schülerinnen, friedlich gegen den Krieg und für den Frieden auf die Straße gegangen. Sie alle haben Berlin wahrhaftig zur city for peace gemacht. Die Berliner Polizei hat die nötigen Maßnahmen bisher mit Umsicht und Zurückhaltung bewerkstelligt und einen adäquaten Rahmen für den friedlichen Protest gesetzt. Allen Beamten und besonders dem Einsatzleiter sei an dieser Stelle gedankt. Und auch dem Innensenator sei mit der für einen Oppositionspolitiker gebotenen Zurückhaltung Achtung für sein bisheriges besonnenes und umsichtiges Verhalten in dieser sicherheitspolitisch schwierigen Lage gezollt.

Es ist jetzt an uns, die EntschlieÙung „Berlin - City for Peace“ weiter mit Leben zu füllen. Wir tun dies am wirksamsten, indem wir von Berlin aus humanitäre Hilfe für die Opfer des Krieges anbieten. Das Unfallklinikum Marzahn und die Universitätsklinik sind auf die Behandlung von Brandopfern spezialisiert. Bieten wir diese Behandlung an! Die Opfer werden sie bitter nötig haben. In Berlin sitzen Hilfsorganisationen, die Erfahrung mit der Organisation internationaler Hilfen haben. Unterstützen wir sie! Rufen wir die Bevölkerung zu Spenden für die Opfer des Krieges auf und nutzen wir die Kontakte im Rahmen des Netzwerkes „Cities for Peace“ um auch die anderen Städte aufzufordern, ihre Kompetenz für die Opfer dieses Krieges zur Verfügung zu stellen.